

chen dafür, daß christliche Frömmigkeit nicht einsam Gott gegenübersteht, daß es im Christentum niemals bloß geht um „Christus und mich“, sondern daß immer mit dabei ist das marianische Geheimnis, daß das Ich immer hineingestellt ist in die ganze Gemeinschaft der Heiligen, deren Mitte Maria ist, die Mutter des Herrn. Sie ist das Zeichen dafür, daß Christus nicht allein bleiben wollte, sondern daß die erlöste, gläubige Menschheit mit ihm ein Leib geworden ist, ein einziger Christus, „der ganze Christus, Haupt und Glieder“, wie Sankt Augustinus unübertrefflich schön gesagt hat. So weist also Maria auf die Kirche hin, auf die Gemeinschaft der Heiligen, die sich in der Liturgie betend zusammenfindet. Es möchte wohl die Aufgabe der kommenden Jahrzehnte sein, von solchen Gedanken her die marianische Bewegung in die liturgische hineinzuholen, sie deren großen theologischen Motiven einzuordnen. Sie sollte dem liturgischen Menschen etwas von ihrer Herzwärme, von ihrer persönlichen Innigkeit und Ergriffenheit, von ihrer tiefen Bereitschaft zu Buße und Sühne geben, und sie könnte umgekehrt von dort her etwas von der heiligen Nüchternheit und Klarheit, von der Helligkeit und dem strengen Ernst der großen alten Gesetze christlichen Betens und Denkens empfangen, das die allzu be-

flügelte Phantasie des liebenden Herzens in Grenzen hält und ihr den richtigen Ort anweist.

Noch eins soll zum Schluß nicht unausgesprochen bleiben: Der Kirche ist in dieser unserer Zeit auch das größte Zeugnis abgefordert worden, das Zeugnis des Leidens. Man darf nie vergessen, daß das letzte halbe Jahrhundert allein mehr Martyrer hervorgebracht hat als die ganzen drei Jahrhunderte der römischen Christenverfolgungen. Sollten wir uns da noch gottverlassen dünken in einem Jahrhundert, das solcher Zeugnisse fähig ist? Sollten wir da noch über Glaubensarmut und Müdigkeit der Kirche klagen? Daß die Kirche noch immer und mehr denn je Kirche der Martyrer ist, ist die Gewähr dafür, daß die Kraft des Heiligen Geistes noch immer ungebrochen in ihr lebt. Das Zeichen des Leidens ist das Zeichen ihres unbesiegbaren Lebens. Diesem Leben zu dienen wird die Aufgabe des kommenden Konzils sein, das als ein Konzil der Erneuerung weniger die Aufgabe haben wird, Lehren zu formulieren als vielmehr das Zeugnis christlichen Lebens in der Welt von heute neu und tiefer zu ermöglichen, auf daß sich wahrhaft erweise, daß Christus nicht bloß ist ein „Christus gestern“, sondern der eine Christus „gestern, heute und in Ewigkeit“ (Hebr. 13, 8).

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche in Polen im Jahre 1961

Wie im voraufgegangenen Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 170), so vollzog sich auch im letzten das Ringen zwischen der Kirche und dem Kommunismus in Polen unter Einsatz politischer und geistiger Waffen in einer fast ununterbrochenen Folge von auf- und abgewogenen Zusammenstößen. Der Ausgang ist am Ende des Jahres wiederum unentschieden und ungewiß. Kardinal Wyszynski prägte die Devise, unter der er kämpft, in einer Predigt am Weihnachtstage 1960 in den Satz: „Polen ist souverän und es ist katholisch.“ Die Souveränität Polens hielt er dem ausländischen Kommunismus entgegen, dem die Entmachtung der Kirche in Polen zu langsam vor sich geht; die Tatsache, daß das Land katholisch ist, dem inländischen. Und diese These von einem „katholischen Polen“, die der Kardinal mit größter Selbstverständlichkeit verkündigt und mit erfolgreicher Klugheit in allen Verhandlungen und Auseinandersetzungen mit der Partei und dem Staat ins Spiel bringt, ist der richtige Ausdruck für das Objekt, um das der Kampf sich im abgelaufenen Jahr bewegte.

Die These selbst wird auch von den Kommunisten nicht bestritten. Als Gomulka in seinem sehr bekannt gewordenen Interview mit „Le Monde“ gefragt wurde, wie er sich die Zukunft des religiösen Glaubens in seinem so tief katholischen Lande vorstelle, antwortete er: „Die Religion ist in einem großen Teil der Bevölkerung tief verankert. Es wäre ein Nonsens, mit administrativen Mitteln die religiöse Mentalität und den Glauben ändern zu wollen. Die Vorstellungen des Menschen gestalten sich nach seinen Lebensbedingungen, nach der Entwicklung der Wissenschaften und der Kultur... Wir haben nicht die Absicht, die Geister mit Stiefeln zu treten. Es ist schwer zu sagen, wie lange noch die religiösen Bekenntnisse sich

in Polen halten werden, sicherlich noch durch Jahrzehnte, vielleicht viel länger. Aber die Wissenschaften, besonders die von der Natur und Biologie, werden den Bildungsstand erhöhen und den Fortschritt des sozialen Lebens garantieren. Die Tatsache, daß unser Volk in seiner Mehrheit gläubig ist und gleichzeitig die Volksmacht unterstützt, steht nicht im Widerspruch zu unserer Ideologie. Das Volk unterstützt die Macht, sofern diese ihm erträgliche Lebensbedingungen garantiert und diese verbessert und ihm zugleich die Demokratie und die Freiheit garantiert“ (Le Monde, 11. 10. 61).

Angesichts von soviel Einsicht in die Gläubigkeit der großen Majorität des polnischen Volkes, der Überzeugung, daß diese nur in einem geistigen Ringen durch „Wissenschaft“ und „Fortschritt“ überwunden werden kann, und selbst das erst in Jahrzehnten, und schließlich des erstaunlichen Realismus in seinem Urteil über das pragmatische Verhältnis des polnischen Volkes zum Kommunismus, fragt man sich, warum Gomulka zu seinen außenpolitischen und wirtschaftlichen Sorgen sich auch noch die Gegnerschaft der Kirche auflädt, statt ihre Unterstützung zu suchen, die ihm, selbst noch in diesem Jahr, wiederholt angeboten und sogar gewährt wurde. Der Grund ist folgender: Kardinal Wyszynski beansprucht, weil Polen ein katholisches Land ist, für die Kirche Öffentlichkeitsrechte, die der Kommunismus wegen seiner Ideologie einer totalen sozialistischen Gesellschaft ihr nicht zugestehen will. Gomulka hat es in demselben Interview deutlich ausgesprochen: „Es gibt keinen Widerspruch zwischen unserem sozialen System, unserer Politik und den religiösen Überzeugungen. Wer den Wunsch hat, zur Kirche zu gehen, kann es in Freiheit tun. Was wir nicht wollen, das ist einfach, daß man die Kirche gebraucht, um gegen uns zu kämpfen, gegen den Sozialismus zu kämpfen.“ Und unmittelbar zuvor: „Der Episkopat lebt noch in mittel-

alterlichen Begriffen. Er möchte seine Auffassung der Gesellschaft und dem Staat aufzwingen. Aber die Gesellschaft unterstützt uns, und der Episkopat wird diese Sache verlieren, wie er schon eine Reihe von anderen verloren hat.“ Mehrmals im Lauf des Jahres hat Gomulka ausgesprochen, daß die religiöse Freiheit nicht so weit geht, daß die Kirche unter Berufung darauf sich in Gegensatz zu der marxistischen Gesellschafts- und Bildungsidee setzen dürfte. Beide Gegner halten an ihren Positionen fest, weil sie wissen, daß das Verbleiben der Kirche in der Öffentlichkeit des polnischen Lebens oder ihr Verschwinden daraus die im Augenblick wichtigste Vorentscheidung für das ist, was jede der beiden Parteien sich als Endziel vorstellt.

Wichtige Ereignisse im vergangenen Jahr

Ein Hinweis auf einige Ereignisse des letzten Jahres möge zeigen, wie das Ringen um das Öffentlichkeitsrecht der Kirche in Polen verlief. Am 21. Januar trug Gomulka dem Zentralkomitee der Partei einen Antrag des Politbüros vor, daß in den Schulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden solle. Die Begründung dafür lautete charakteristisch: Zu den Aufgaben der Partei gehöre auch die Überwachung der „politischen und ideologischen Bildung der Jugend sowie ihrer sittlichen Erziehung“. Gleichzeitig kündigte er die Wiedereinführung obligatorischer Kurse in Marxismus-Leninismus in allen Schulen an, die nach dem Oktober 1956 abgeschafft worden waren. Im Interesse der einheitlich sozialistischen Ausrichtung der Gläubigen und der Ungläubigen im Schulwesen könne Religionsunterricht nur außerhalb der Schulen gegeben werden. Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben.

Im März begann der Wahlkampf um die Sejm-Wahlen vom 16. April, über deren Ausgang in dieser Zeitschrift berichtet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 402). Während der Vorsitzende des Staatsrates, Alexander Zawadzki, noch am 28. Februar in einer Rede vor der Nationalen Einheitsfront davon gesprochen hatte, daß die Toleranz, die Freiheit zu glauben oder nicht zu glauben, die Basis für die Zusammenarbeit der Gläubigen und der Nichtgläubigen beim Aufbau des Sozialismus darstelle, griff Gomulka in seiner ersten Wahlrede am 18. März den Vatikan an, weil er die polnischen Bischöfe zwingen, eine staatsfeindliche Haltung einzunehmen, da er Verfolgungen und Märtyrer benötige.

Fast gleichzeitig, am 8. März, veröffentlichte der „Monitor Polski“, das Staatsamtsblatt, ein Dekret des Ministerates vom 19. Januar, wonach die Einkünfte der Kirche in Zukunft genauso besteuert werden sollten wie die der anderen Organisationen. Dadurch wurde die Abrede bei dem Abkommen von 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 167), die der Kirche für den größten Teil ihrer Einnahmen Steuerfreiheit zubilligte, die allerdings schon seit längerer Zeit sehr unterschiedlich ausgelegt und angewendet wurden, de jure aufgehoben. Schon vorher, im Februar, war die Pax-Vereinigung, die ihre ideologischen Bestrebungen aus dem Betrieb von Industrieunternehmen finanziert, den Privatgesellschaften gleichgestellt und ihrer Steuerprivilegien beraubt worden. Beide Maßnahmen ebenso wie der polemische Ton, den Gomulka vor den Wahlen gegenüber der Kirche anschlug, sind so ausgelegt worden, daß er demonstrativ auf eine kirchliche Unterstützung, selbst auf diejenige der Pax-Gruppe, keinen Wert mehr legen wollte. Beide Seiten schwiegen im

Wahlkampf hinfort über dieses Thema; ein vorbereiteter Hirtenbrief der Bischöfe wurde nicht verlesen.

Dagegen ordnete Kardinal Wyszynski am 14. März die Auflösung der Caritas-Priestervereinigung an, in der diejenigen Geistlichen zusammengeschlossen sind, die mit dem Regime, soweit wie äußerstenfalls möglich, zusammenarbeiten möchten. Der Kardinal setzte seine ganze Autorität ein, indem er den Mitgliedern der Vereinigung die Suspension androhte. Die Vereinigung gehorchte dem Befehl augenblicklich, konstituierte sich aber am 18. April in einer Versammlung in Warschau, an der 459 Geistliche teilnahmen, innerhalb der polnischen Caritas, die der Autorität der Bischöfe entzogen ist, in neuer Form. Soweit bekannt, hat der Kardinal die angedrohten Sanktionen nur gegen einen einzigen Geistlichen vollzogen. Der Sekretär der Caritas-Vereinigung, Dr. Czarniecki, wurde in den Laienstand versetzt.

Das führt zu der Frage, wie sich der polnische Klerus zum Regime und zu der eigenen Führung durch den Kardinal verhält. In Polen wirken heute in allen Zweigen des kirchlichen Dienstes 12 300 Weltpriester unter 24—25 Millionen Katholiken. Wenn 500 von ihnen offen und möglicherweise eine weitere Anzahl insgeheim mit dem Regime sympathisieren, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie sich davon eine gewisse Existenzsicherheit versprechen und staatliche Gehaltszuschüsse und Pensionen erhalten, dann darf wohl gesagt werden, daß der Klerus sich bewährt hat. Übrigens ist das auch in dem Verhalten der Geistlichen in der Frage des Religionsunterrichtes, von der noch berichtet werden wird, von neuem bestätigt worden.

Immerhin wurde im März ein Hirtenbrief des Kardinals an den Klerus vom 12. Januar bekannt, der ein nicht ganz so erfreuliches Bild zeichnet. Nach der zunächst von „Associated Press“ verbreiteten Meldung klagt dieser Hirtenbrief einige Priester antireligiöser und demagogischer Tätigkeit an. „In jüngster Zeit haben sich einige peinliche Vorfälle von Apostasie ereignet. Mehrere Priester haben nicht gezögert, ihre Bindung an Gott zu zerreißen, und haben sich in Betätigungen eingelassen, die gegen die Kirche und die Religion gerichtet sind. Mit Schmerz beobachten wir die Verstärkung der Tätigkeit abgefallener Priester, der Organisatoren der vorgeblichen ‚Nationalen Kirche‘.“ Der Hirtenbrief erwähnt auch eine Verstärkung der Bestrebungen, zwischen den Bischöfen und dem Klerus Uneinigkeit zu säen, und warnt vor ihnen, ermahnt aber andererseits den Klerus zur bürgerlichen Loyalität gegen den Staat und zur Befolgung seiner legalen Anordnungen. Eine ausführlichere Wiedergabe dieses Hirtenschreibens findet sich in „The Tablet“ (11. 3. 61). Doch scheint es sich wirklich um nicht mehr als eine Reihe hoch gespielter Einzelfälle zu handeln; denn nach einer KNA-Meldung vom 18. September 1961 zählt die „Polnische Nationalkirche“ nur 14 Gemeinden mit 60 000 Anhängern.

Nach den Wahlen

In den ersten Wochen nach den Sejm-Wahlen bestand der Burgfriede auf höchster Ebene fort. Dann folgte als erster kleiner Schritt zur weiteren Verdrängung der Kirche aus der Öffentlichkeit das Verbot der Fronleichnamprozessionen während der Oktavtage, die in Polen üblich waren. Es wurde damit begründet, daß die Kirche selbst die Oktaven abgeschafft habe. Kardinal Wyszynski reagierte darauf in einer Predigt am Fronleichnamstag vor etwa

120 000 Gläubigen mit den Worten: „Wir wollen jene Leute in unser Gebet einschließen, die durch gesetzlose Anordnungen und falsche Auslegung der Dekrete des Heiligen Stuhles die Rechte eures Primas verletzen und die öffentliche Verehrung des eucharistischen Heilandes begrenzen wollen . . . Wir erfliehen über die Urheber solch verabscheuungswürdiger Verordnungen Gottes Barmherzigkeit . . . Wir rufen Gott zum Zeugen an, daß wir unseren Feinden verzeihen“ (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2. 6. 61; KNA, 3. 6. 61; NCWC News Service 5. 6. 61). Noch schärfer im Ton sagte der Kardinal in seiner Predigt am Herz-Jesu-Fest den Kommunisten voraus: „Es ist heute schon fast sicher, daß das völlig materialistische System sich selbst das Grab schaufeln wird; denn die Menschen verlangen mehr als Materie, sie verlangen Geist — sogar noch nach einem endgültigen Sieg des materialistischen Systems“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20. 6. 61). Diese Predigten trugen dem Kardinal nach langer Zeit die erste direkte Polemik der größten Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ ein, die allerdings maßvoll gehalten war und an einige Bemerkungen anknüpfte, die er zum Wiener Gipfeltreffen gemacht hatte. Zu gleicher Zeit lief eine neue Welle von Angriffen gegen den Vatikan in der polnischen Presse an, die in der Behauptung gipfelte, der Heilige Stuhl habe Polen auf dem Altar Hitlers geopfert und verhalte sich bis heute bezüglich der polnischen Westgrenzen feindselig. Mit diesen Angriffen setzte sich der „Osservatore Romano“ am 26./27. Juni auseinander. Einen schärferen Angriff gegen Kardinal Wyszynski führte ein Abteilungsleiter des staatlichen Kirchenamtes in der Zeitschrift „Nowa Kultura“. Er enthielt den Vorwurf, der Kardinal wolle das Leben in Polen klerikalisieren und sei im Grunde dem ganzen Regime feindlich gesonnen. Übrigens wurde zu dieser Zeit der Leiter des Kirchenamtes, Minister Sztachelski, durch Thadäus Zabinski, einen bisher beim Warschauer Wojwodschafts-Kirchenamt tätigen Beamten, mit niederem Range abgelöst. Nachdem der Abgeordnete Stomma für die Katholiken im Sejm die Bedeutung des obersten staatlichen Kirchenamtes besonders hervorgehoben und gesagt hatte, die Bestellung seines neuen Leiters sei wichtig und sein Ministerrang würde eine Geste der Höflichkeit gegen die Kirche sein, sah man in dieser Umbesetzung eine Geste entgegengesetzter Art.

Die Juli-Gesetze

Am 15. Juli nahm der Sejm bei fünf Stimmenthaltungen der „Znak“-Gruppe ein Schulgesetz an, das gemäß den Entschlüssen des Zentralkomitees vom Januar den Religionsunterricht aus der Schule verbannt und damit eine der wichtigsten Vereinbarungen vom Oktober 1956 außer Kraft gesetzt hat.

Zur Begründung führte der Sekretär des Zentralkomitees, W. Jarosinski, das Argument an: „Die erzieherische Tätigkeit unserer Schule strebt an, daß ihre Zöglinge mit Verstand und Herz dem Sozialismus verbunden sind und daß sie sich persönlich in gesellschaftlichen Fragen engagieren. Der junge Mensch darf als Direktiven seines Denkens nur Richtlinien annehmen, die sich auf wissenschaftlich überprüfbare Prämissen stützen. Die religiöse Erziehung ist Sache der Eltern und der Kirche und soll außerhalb der Schule erfolgen. Diese Lösung wird auch von der großen Mehrheit der gläubigen Eltern geteilt, die schon heute den Religionsunterricht außerhalb der Schule als berechnete

Lösung anerkennt.“ Dagegen begründete der junge Breslauer Abgeordnete und Publizist Mazowiecki den Standpunkt der Znak-Gruppe. Er argumentierte, daß eine weltliche Schule liberal sein müsse und die Schüler nicht einseitig im Sinne des dialektischen Materialismus beeinflussen dürfe. Dann müsse wenigstens der gerechte Ausgleich vorgesehen werden, daß der Religionsunterricht außerhalb des normalen Schulbetriebes ausdrücklich garantiert werde (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 21. 7. 61).

Ebenso vergeblich war die Opposition der Znak-Gruppe gegen ein Grundstücksgesetz, das alle Grundstücksrechte am ehemaligen Eigentum öffentlich-rechtlicher Körperschaften in den deutschen Gebieten dem polnischen Staat zuspricht. Ihr wurde entgegengehalten, daß der Staat der katholischen Kirche anstelle 984 in den Ostgebieten verlorener Kirchen insgesamt 3279, einschließlich der früher evangelischen, übergeben und zum Bau von 373 neuen Kirchen beigetragen habe, so daß die Kirche heute in Polen um 40% mehr Kultgebäude besitze als vor dem Kriege („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 15. 7. 61). Die Besorgnis der katholischen Abgeordneten galt aber auch weniger diesen sakralen Räumen, wiewohl auch sie der Kirche nur zur Nutzung übergeben worden sind, als vielmehr den Gemeindepfändern, Priesterseminaren, Pfarrhäusern und caritativen Anstalten, die einen sehr viel größeren Anreiz und eine nicht so auffallende Möglichkeit bieten, für staatliche Zwecke benutzt und der Kirche abgenommen zu werden. Das Gesetz wurde gegen die fünf Stimmen der Znak-Abgeordneten angenommen.

Nur in einem dritten Fall war ihnen Erfolg beschieden. Ein Gesetz über Geldsammlungen wurde an den Ausschuß zurückverwiesen. Nach dem Entwurf sollten kirchliche Sammlungen nur dann ohne staatliche Genehmigung stattfinden dürfen, wenn sie „für Kultzwecke“ bestimmt wären. Es gelang der Znak-Gruppe zu erreichen, daß über die Ersetzung dieser Formulierung durch die weitere: „für kirchliche Zwecke“ nochmals im Ausschuß beraten werden soll.

Vier Tage, bevor diese Gesetze verhandelt wurden, war am 11. Juli nach mehr als einjähriger Unterbrechung (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 171) die „Gemischte Kommission“ wieder zusammengetreten, wobei die Regierung überraschend durch Minister Sztachelski und einen der engsten Mitarbeiter Gomulkas, Zenon Kliszko, Mitglied des Polit-Büros, vertreten war. Der Episkopat war durch die Bischöfe Choromanski und Klepacz vertreten. Ob die staatlichen Vertreter den Willen zu ernsthaften Verhandlungen hatten oder den Bischöfen und der Öffentlichkeit nur bezeugen wollten, daß die kommenden Gesetze nicht als Kampfmaßnahmen gedacht seien, ist nie bekannt geworden. Ein greifbares Ergebnis wurde jedenfalls nicht erzielt. Der gut unterrichtete Warschauer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schrieb zu der Begegnung (29. 7. 61): „Kirche und Regierung fühlen sich zwar — jede auf ihre Weise — heute viel zu stark, um noch einmal auf einen grundsätzlichen, spektakulären Kompromiß einzugehen wie in der politischen Zwangslage vor viereinhalb Jahren. Die polnischen Kommunisten wollen im eigenen Lager nicht der Liebäugelei mit dem Katholizismus geziehen werden. Der Kardinal will seine Ambition, innerhalb der katholischen Weltkirche auf eine Offenheit gegenüber modernen gesellschaftlichen Wandlungen hinzuwirken, nicht durch eine ‚Weichheit‘ gefährden, die ihm den Vorwurf eintragen

könnte, er wolle das polnische Koexistenzmodell Rom empfehlen. Aber an einem Kampf ist weder dem Staat noch der Kirche in Polen gelegen.“ Tatsächlich änderten die Juligesetze wenig an den bestehenden Verhältnissen; denn der Religionsunterricht in den Schulen war fast überall schon vorher eingestellt worden, und die Kirche blieb Nutznießerin alles Grundeigentums, das ihr bis dahin zur Verfügung stand. So nahmen denn auch die Bischöfe die Juligesetze ohne Protest hin.

Regierungsverordnung über den kirchlichen Religionsunterricht

Doch schon gegen Ende August kam es zu neuen Spannungen, den schwersten während dieses Jahres. Am 19. August erließ das Erziehungsministerium eine Verordnung über den kirchlichen Religionsunterricht, der vollen Ernst machte mit dem im Januar von Gomulka verkündeten Anspruch, daß die Partei die gesamte ideologische Bildung und sittliche Erziehung der Jugend überwachen wolle.

Die Verordnung bestimmte: Der kirchliche Religionsunterricht darf nur von solchen Geistlichen, ausnahmsweise auch Laien erteilt werden, die vom Staat bestätigt worden sind. Ordensleute werden grundsätzlich von seiner Erteilung ausgeschlossen. Die teilnehmenden Kinder und die Lehrprogramme sind den Behörden zu melden. Der Unterricht darf grundsätzlich in jeder Pfarrgemeinde nur an einem Ort und in einem kirchlichen Raum erteilt werden, der den hygienischen Anforderungen genügt. Er darf für alle Kinder zusammen zwei Stunden in der Woche nicht überschreiten. Nur in großen Pfarrgemeinden ist die Einrichtung mehrerer katechetischer Zentren in das Ermessen der Behörden gestellt. Die Lehrpersonen dieses Unterrichts erhalten dafür eine staatliche Entschädigung von 700 bis zu 1000 Zloty im Monat. Ob die Verordnung auch ausdrücklich bestimmte, daß der Unterricht durch Staatsbeauftragte überwacht werden soll, wie in einigen Meldungen zu lesen war, konnte der Berichtersteller nicht ermitteln. Eine solche Bestimmung wäre auch nicht notwendig gewesen, da der Staat ja ohnehin das Recht zur Kontrolle aller Versammlungen beansprucht.

Diese Verordnung ging dem Kardinal zu weit. In einer Predigt beim Fest der Madonna von Tschenschowau erklärte er wenige Tage später: „Die Sendung, seine Lehre zu verbreiten, hat Christus den Bischöfen und Priestern anvertraut und nicht den Inspektoren des Ministeriums. Und wenn einige der Ansicht sind, daß die öffentliche Macht das Recht habe, eine ganz bestimmte Weltanschauung zu vertreten, so muß ich sagen, daß sie dies nur unter Gewährung vollkommener Freiheit tun kann, d. h., ohne Rechtsverletzung und -beschränkungen und ohne öffentliche Mittel zu gebrauchen, die Eigentum des Volkes sind und die das Volk den gesetzmäßigen Autoritäten zur Verfügung stellt. Das, was unser Volk, katholisch fast in seiner Gesamtheit, den eingesetzten Autoritäten zur Verfügung stellt, darf niemals dazu mißbraucht werden, um jene Weltanschauung und jene Ideen zu zerstören, zu denen sich unser Volk bekennt... Wir Bischöfe und das polnische Volk, wir fühlen uns als freie Bürger unseres freien Polen. Deshalb haben wir auch das Recht und die Pflicht, alle jene Hindernisse zu kritisieren, die die freie religiöse Erziehung in unserm polnischen Vaterland verhindern und erschweren. Wir haben das hochheilige Recht, unsere Kinder im katholischen Glauben zu erziehen“ (KNA, 28. 8. 61).

Unmittelbar auf diese Predigt folgte am 2. September ein Hirtenbrief der polnischen Bischofskonferenz, der am 17. September trotz einiger Behinderungsversuche überall in Polen verlesen wurde. Die Bischöfe berufen sich auf das natürliche Recht der Eltern, ihren Kindern die göttlichen Wahrheiten, an die sie selber glauben, zu übermitteln. Sie haben deshalb auch den legitimen Anspruch, sich zu diesem Zweck an die Priester der Kirche zu wenden, denen diese Mission übertragen ist. Dieser Anspruch werde auch von allen laizistischen Staaten anerkannt, vom Völkerrecht garantiert und durch die Verfassung Polens und Verträge zwischen Staat und Kirche sichergestellt.

Die Tatsache, daß nunmehr durch Gesetz der Religionsunterricht aus der Schule entfernt worden sei, könne die natürlichen Rechte der Bürger nicht beeinträchtigen, weder die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit noch das Elternrecht, noch das Recht der Kirche zur Ausübung von Seelsorge und Katechese gemäß dem Abkommen von 1956. Die Kirche werde deshalb jetzt in noch größerem Umfang als schon bisher kirchlichen Religionsunterricht einrichten. „Wir hoffen, daß in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und dem Kirchenabkommen niemand unsere Arbeit behindern wird, um so mehr als die Freiheit der Religion und religiösen Lehre auch Gegenstand von Erklärungen und Verpflichtungen sind, die unser Staat auf internationaler Ebene eingegangen ist“ (La Documentation Catholique, 19. 11. 61). Die Priester, die den Unterricht erteilen, werden das im Auftrag der Kirche tun und deshalb auch keine staatliche Entschädigung dafür entgegennehmen. Die Bischöfe bitten die Gläubigen, sie bei dieser neuen Form der Verkündigung zu unterstützen.

Gleichzeitig wandten sie sich in einem nicht veröffentlichten Rundschreiben an den Klerus. Der „Osservatore Romano“ teilte am 25./26. September aus dem Inhalt dieses Schreibens mit, daß die Bischöfe allen Priestern verboten haben, der Verordnung vom 19. August Folge zu leisten, und zwar aus folgenden Gründen: Das Dekret verletze in unannehmbare Form die kirchliche Jurisdiktion. Durch die Bestimmung über die katechetischen Zentren mache es den meisten Kindern den Besuch des Unterrichts unmöglich, da sie zu weite Wege machen müßten. Die Einschränkung der kirchlichen Unterrichtsfreiheit widerspreche den Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat. Eine Kontrolle des kirchlichen Unterrichts durch staatliche Beauftragte könne nicht zugestanden werden, auch nicht hinsichtlich der Orte, an denen er stattfinden werde. Auch die Auswahl der Lehrkräfte könne nicht von der Genehmigung durch den Staat abhängig gemacht werden. Die Bischöfe teilen schließlich dem Klerus mit, daß sie gegen die Verordnung bei der Regierung feierlichen Protest eingelegt haben. Sollte er wirkungslos bleiben, dann würden sie nicht zögern, von den Priestern zu verlangen, daß sie zu jedem Opfer bereit seien, um ihre Mission der Verkündigung des Evangeliums an die polnische Jugend zu erfüllen.

Das Dekret und die Proteste erzeugten eine solche Erregung, daß sich am 8. September auch das führende Parteiblatt „Trybuna Ludu“ in einem langen Artikel zu Wort meldete. Zunächst wird die Hierarchie beschuldigt, daß sie Unruhe stifte, weil sie dem Volk eine Einengung der Elternrechte suggeriere. Schon im letzten Schuljahr habe der Religionsunterricht mit Einverständnis der Eltern überwiegend außerhalb der Schule stattgefunden. Das Gesetz vom 15. Juli habe nun dafür nur den gesetzlichen Rahmen geschaffen. Inzwischen habe das Erziehungsmini-

sterium die Bedingungen für den kirchlichen Unterricht festgelegt. „Denn alle organisierten Formen der Arbeit mit Kindern und der Schuljugend müssen der Aufsicht der Schulbehörden unterstehen.“

Inhaltlich bestimme das Dekret nichts Neues. Selbstverständlich könnten Geistliche, „die in ihrer bisherigen Tätigkeit die allgemeinen Grundsätze für den Umgang mit Jugendlichen verletzt haben oder die Religionsstunden für ein reaktionäres politisches Verhalten ausnutzen“, sowie Ordensleute die Genehmigung zum Unterricht nicht erhalten. Eine Einmischung in den Unterricht selbst sei nicht beabsichtigt. Der Religionsunterricht habe, was seinen Inhalt betrifft, die Staatsbehörden auch damals nicht interessiert, als er noch in der Schule stattfand. Seit Jahren würden ja auch die geistlichen Seminare staatlich visitiert, ohne daß der Unterrichtsstoff dadurch berührt würde.

Der Artikel schließt: „Wie man sieht, liegt den leitenden Stellen der Kirche nicht so viel an guten Bedingungen für den Religionsunterricht wie an einer Opposition gegen alle Schritte, die auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche abzielen. Sie wollen Verwirrung stiften und die Einheit unserer Gesellschaft untergraben...“

Nachdem beide Seiten so klare Fronten bezogen hatten, war eine Zeitlang zu befürchten, der 1. November, an dem das Regierungsdekret in Kraft treten sollte, könnte zu einem schicksalsschweren Tag werden. Die übergroße Mehrheit der polnischen Geistlichkeit hatte die Anweisung der Bischöfe befolgt und das Dekret ignoriert. Nur etwa 700 Geistliche sollen, wie NCWC News Service am 16. Oktober zu berichten wußte, mit den staatlichen Behörden eine Vereinbarung gemäß dem Dekret vom 19. August abgeschlossen haben. Aber ungefähr zur gleichen Zeit, am 13. Oktober, meldete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aus Warschau, es sei zuverlässig bekannt geworden, daß Gomulka wegen der gespannten Weltlage die örtlichen Instanzen angewiesen habe, es unter keinen Umständen auf eine Machtprobe mit der katholischen Kirche ankommen zu lassen. Tatsächlich ist die Frist zur Registrierung abgelaufen, ohne daß bisher gegen den nach staatlicher Auffassung nunmehr illegalen kirchlichen Unterricht eingeschritten worden wäre. Natürlich ist auch das umstrittene Dekret nicht zurückgezogen worden, so daß auch diese Angelegenheit jetzt ebenso wie die Frage des kirchlichen Eigentums in den Westgebieten und die Frage der Besteuerung der kirchlichen Einkünfte einer Mine vergleichbar ist, die jeden Augenblick gezündet werden kann.

Randstörungen

Neben den geschilderten Auseinandersetzungen litt die Kirche in Polen während des ganzen Jahres unter einer Rechtsunsicherheit auf mannigfachen Gebieten, die sie nicht nur daran hinderte, in Ruhe und Frieden ihre Aufgabe zu erfüllen, sondern die auch ein weitschauendes Planen unmöglich macht, ganz abgesehen von dem Gefühl, daß die Geistlichen aller Grade jederzeit auf Schikanen untergeordneter Behörden gefaßt sein müssen. Das liegt sowohl daran, daß grundsätzliche Fragen, wie die oben erwähnten, in der Schwebe bleiben, als auch daran, daß die sonstigen Rechtsverhältnisse der Kirche und der Seelsorge nur in so allgemeinen Bestimmungen geregelt sind, daß dem Ermessen der unteren Behörden weitester Spielraum gegeben ist, den Vertretern der Kirche Schwierigkeiten zu bereiten.

So sieht etwa das Kirchenabkommen von 1956 vor, daß die staatlichen Behörden ein Vetorecht gegen kirchliche Ernennungen ausüben können. Wiewohl dieses Recht limitiert ist, bedienen sich die Behörden, wenn es ihnen gefällt, seiner, um die Ernennung von Pfarrern oder Pfarrverwesern hinauszuschieben, ohne daß sie Gründe dafür angeben, oder um die Errichtung neuer Seelsorgebezirke unmöglich zu machen.

Kirchliche Bauten sind selbstverständlich an eine Menge von Genehmigungen gebunden. Die Kirche hat jeweils im November einen Plan für alle im kommenden Jahr geplanten Bauten einzureichen. Seit 1958 wird nur ein ganz geringer Prozentsatz dieser Planungen genehmigt, so daß man sich nicht darüber zu wundern braucht, wenn manche Pfarrer „schwarz“ bauen. Das führte im Sommer in dem Dorf Przysucha im Kreis Kielce zu einem schweren Zwischenfall. Als die Behörden den Abbruch eines nicht genehmigten Kirchenbaues anordneten und schließlich durchführten, rottete sich die Bevölkerung zusammen, und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auch im Oktober ereignete sich in Thorn ein solcher Zusammenstoß, als die Bevölkerung irrtümlicherweise annahm, die Polizei wolle ein Seminargebäude beschlagnahmen, während sie lediglich versuchte, in dem ihrer Ansicht nach unterbelegten Gebäude einige Studenten unterzubringen, die infolge eines Brandes obdachlos geworden waren (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 13. 10. 61). So groß ist die Nervosität und die latente Spannung. Sie zeigt sich auch darin, daß Gläubige, namentlich auf Dörfern, andersdenkende Mitbürger boykottieren, wie der Warschauer Rundfunk meldete (KNA, 27. 7. 61).

Die Seelsorge selbst wird nach Möglichkeit auf den Raum der Kirche zurückgedrängt. So berichteten die „Informations catholiques“ (1. 11. 61), daß in Warschau die Geistlichen ihre Pfarrangehörigen nicht zu Hause besuchen dürfen, wenn sie nicht im Besitz einer ausdrücklichen schriftlichen Einladung sind. Auch die Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen ist in örtlich verschiedenem Maß Beschränkungen und Schwierigkeiten unterworfen. Im ganzen, so urteilt die Zeitschrift auf Grund eines ausgezeichneten und lesenswerten langen Berichtes über Polen, „scheint es, daß das Regime die zweifache Absicht verfolgt, die Kirche in die Sakristei einzuschließen, um den beliebten Ausdruck zu gebrauchen, und sie in die Vergangenheit, in ihre Folklore einzurahmen. Der Staat sekundiert den Traditionskatholiken. Er unterstützt auch die ‚fortschrittlichen‘ Katholiken. Aber es gibt kein katholisches Milieu“ (ebd. S. 19).

Die geistige Auseinandersetzung

Gomulka hat in seinem Interview mit dem Chefredakteur von „Le Monde“ die Erwartung ausgesprochen, daß der Geist des Marxismus und der Fortschritt seiner materiellen Errungenschaften den Glauben überwinden werden. Es gibt unter den weitblickenden Katholiken Polens heute schon manche, die weniger das erste als das zweite für gefährlich halten, nicht den theoretischen, sondern den praktischen Materialismus; denn jenem haben die Polen das gewaltige Kapital unverwüsteter natürlicher Menschlichkeit und innerer Kultur entgegenzusetzen, das sie ihrem Volkscharakter und ihrer Geschichte verdanken, für diesen dagegen sind sie aus denselben Gründen nicht weniger disponiert als die Menschen der westlichen Welt. Viele Berichte aus Polen enthalten Beobachtungen, die darauf hinweisen, daß die allgemeine Neigung zunimmt,

vor dem unabwendbaren politischen Schicksal zu kapitulieren, die weitere Zukunft sich selbst zu überlassen und das bißchen persönliche und private Glück, das einem der Augenblick läßt oder schenkt, zu genießen, teils in größerer, teils in feinerer Art. Die Kommunisten beklagen sich, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (20. 11. 61) erst kürzlich in einer durch viele Beispiele belegten Schilderung mitteilte, über die weit und in allen Kreisen verbreitete Interesselosigkeit an ihrer sozialistischen und ideologischen Zukunftsmusik, aber die Trostlosigkeit und Sinnlosigkeit des Lebens, wenn man es unter dem Aspekt der Geschichte betrachtet, bleibt anscheinend auch nicht ohne Einfluß auf den existentiellen Glauben, der ja nicht identisch zu sein braucht mit der äußeren Treue zur Kirche. Vielleicht ist es richtig, was man öfter liest, daß das erste und eigentliche Bestreben sehr vieler Polen dahin geht, sich nach allen Seiten hin zu arrangieren, was als Ausdruck tiefer innerer Skepsis, ja bisweilen wirklicher Verzweiflung zu betrachten wäre.

Aus diesen Gründen findet auch die atheistische Bewegung, die ja die Menschen auch wieder nur mit einer Ideologie beglücken möchte, wie es scheint, nicht sehr viele offene und noch weniger gespitzte Ohren. Einer ihrer geistigen Führer, der Philosoph Leszek Kolakowski, machte dafür in einem Artikel in der Zeitschrift „Argumenty“ (deutsch in „Hinter dem Eisernen Vorhang“, 7. Jhg., Nr. 8, auszugsweise in „Die Welt“, 14. 10. 61) vor allem ihre Primitivität verantwortlich, da sie den Gläubigen einreden wolle, sie seien entweder Idioten oder Schufte. Infolgedessen spreche sie auch nur diejenigen an, die ohnehin schon Atheisten sind.

Der Aufsatz enthält noch weitere Eingeständnisse, die von einer über Polen hinausgreifenden Bedeutung sind. Der Sozialismus, so meint Kolakowski, habe der Kirche durch die politische Entmachtung und die Enteignung den Dienst erwiesen, daß sie von der Allgemeinheit nicht mehr als reaktionär betrachtet wird. Zwar wiege man sich in den leitenden Kreisen der Kirche noch in der Hoffnung auf die Wiedergewinnung der Herrschaft über das soziale Leben, gestützt durch das rückständige, fanatische und an die Tradition gebundene Volk, vor allem auf dem Lande. Aber die Verstärkung, Industrialisierung und Zunahme der Bildung entziehe diesen Vorstellungen langsam, jedoch mit Sicherheit den Boden. Dieser Katholizismus werde aber zum Teil abgelöst durch zunehmende weltanschaulich-religiöse Indifferenz, zum andern Teil hingegen durch die Herausbildung einer neuen katholischen Elite. Dabei handle es sich nicht um einen Rückzug in die Innerlichkeit des privaten Gewissens, sondern um eine echte Gegenreformation gegen den Sozialismus, die zwar ihre Kraft aus einem verinnerlichten religiösen Leben, aus einem mehr existenziellen als intellektuellen Verständnis des eigenen Glaubens ziehe, dann aber versuche, dem Christentum jene Elemente zu assimilieren, die seinen Gegnern ihre geistige Macht verliehen haben. Auf sozialem Gebiet mache sich diese Bewegung die Kritik am kapitalistischen System zu eigen und wichtige Strukturprinzipien des Sozialismus zu den ihrigen, wobei sie sich auf die Sozialenzykliken stützen könne, auf philosophischem Gebiet versuche sie, das Monopol der Scholastik innerhalb des katholischen Denkens zu durchbrechen und sich den historischen, anthropologischen und humanistischen Problemen und Ideen der Neuzeit zu öffnen. Dieser Katholizismus, so meint Kolakowski, sei weit schwerer zu bekämpfen als der reaktionär-konservative. Dennoch sei er

begreifenswert, „obwohl die Aktivität dieses offenen Katholizismus nicht zu religiöser Indifferenz führt, sondern zu einer tieferen und weniger archaischen Religiosität“. „Die weltliche Kritik am Christentum muß, um erfolgreich zu sein, eine kompliziertere und subtilere Arbeit werden, als es beim traditionellen, reaktionären ländlichen Katholizismus erforderlich ist.“

Diese Worte aus dem Munde eines atheistischen, aber um ein geistiges Niveau der Auseinandersetzung bemühten Philosophen, der etwas von einer Gegenreformation der katholischen Kirche bemerkt hat, scheinen der Beachtung wert zu sein, wenn wir auch seinen Ausdruck „Gegenreformation“ und manche seiner vereinfachenden Gegenüberstellungen mit Unterscheidungen beantworten würden. Jedenfalls hat er eine These formuliert, der man nur wünschen kann, daß sie in die Beratungen des Konzils Eingang findet. Ob man die Sache mit den Namen „reaktionärer“ und „offener“ Katholizismus benennt oder anders, das ist nicht so wichtig, wenn auch diese Ausdrucksweise bei uns stark vorbelastet ist. Alles dagegen kommt auf die geistigen Unterscheidungen an, die im Bereich der Lehre, und zwar der sozialen, philosophischen und im weitesten Sinne historischen, getroffen werden müssen, in Polen und in der Welt, für die Polen Modell steht.

Im neuen polnischen Sejm sind fünf Abgeordnete: Kisielewski, Mazowiecki, Lubienski, Stomma und Zawieyski, zusammengeschlossen in der „Znak“-Gruppe, die die Linie eines „offenen Katholizismus“ vertritt. Zawieyski, von dem man sagt, daß er dem Kardinal nahestehe, ist auch Mitglied des Staatsrates, der die Funktionen des Staatsoberhauptes wahrzunehmen hat. Stomma, Redakteur am „Tygodnik Powszechny“, ist Wortführer dieser Gruppe.

In der letzten Sitzung des alten Sejm, am Beginn des Jahres, sagte Stomma: „Wir beobachten gewisse Bestrebungen, die wir sehr bedauern und als einen Versuch bezeichnen müssen, die Kirche und den Katholizismus auf konservative Positionen abzurängen. Deutlich gesagt, ist es ein Bestreben, die Kirche einzumotten... Jede Strömung, die Reformen und eine Erneuerung der Kirche anstrebt, wird als aggressiver Klerikalismus betrachtet. Ich glaube, dieser Standpunkt ist sehr gefährlich und führt nicht nur für uns, sondern für das gesamte System der Beziehungen im Staate zu schädlichen Konsequenzen... Wäre denn eine Versteinerung des Katholizismus wirklich nützlich? Ich glaube, sie würde weder der Kirche noch allen denjenigen Nutzen bringen, die mit dem Katholizismus und der Kirche irgendwie koexistieren müssen. Der Katholizismus ist eine Tatsache, er besteht, dauert, bleibt und wird bleiben. Es ist doch wohl besser, wenn man es mit einem aufgeklärten, lebendigen Faktor zu tun hat als mit einem versteinerten und rückständigen.“

„Die Bürger, die der Partei angehören, sagen ‚proletarischer Internationalismus‘, wir aber sagen ‚Universalismus im christlichen Geiste‘. Es ist eine andere Philosophie, die hier zugrunde liegt, die Endergebnisse jedoch sind in gewisser Hinsicht ganz ähnlich und führen zum gemeinsamen Ziel.“ Stomma schloß mit der Aufforderung, der Kommunismus, der in Polen zum erstenmal dem Katholizismus auf breiter Front begegnet sei, möge eine konstruktive Koexistenz statt des sonst unvermeidlichen Konfliktes wählen („Ost-Probleme“ 13. Jhg., Nr. 7, S. 215). Am 19. Mai veröffentlichte diese parlamentarische Gruppe ihr Programm für die Zukunft. Sie will sich für die Entfaltung des religiösen Lebens im Lande und für die Siche-

rung der kulturellen Freiheit, für „die freie Wahl der Weltanschauung“ einsetzen. Die Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus wird an die Bedingung geknüpft, daß der Weg von 1956 beibehalten wird. Die Gruppe will sich nicht als katholische Partei betrachtet wissen, „nicht nur, weil es in Polen keine Bedingungen für die Entstehung einer solchen Partei gibt, sondern weil der Katholizismus nach unserer Überzeugung nicht unter die politischen Standpunkte gerechnet werden kann“. Die kirchliche Doktrin sei „überpolitisch“. Die Gruppe wolle das Verständnis der Hierarchie suchen, aber nicht von der Autorität der Kirche gedeckt werden. Sie halte aber den Kontakt zwischen der Regierung und der Hierarchie für außerordentlich notwendig. Sie halte die geschichtliche Wende von 1945 für nicht mehr umkehrbar, sei aber der Meinung, daß eine

gedeihliche Entwicklung des neuen Schicksals davon abhängt, daß der Kommunismus den Widerstand der gläubigen Katholiken durch einen „polnischen Weg“ gegenstandslos macht, wenn es vorwärtsgehen soll.

Am Schluß dieses Berichtes kann nicht verschwiegen werden, daß alle Polen in bezug auf das Verhältnis zu Deutschland einer Meinung sind. Kardinal Wyszynski hat das im vergangenen Jahr besonders bei der Feier des Patroziniums des Domes in Frauenburg am Feste Mariä Himmelfahrt ausgesprochen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16. 8. 61; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 122). Vom religiösen Standpunkt wird der Verzicht auf die ostdeutschen Gebiete von uns deutschen Katholiken als Ausdruck der Sühne und der Liebe erwartet. Er würde nicht ohne Folgen für das politische Klima bleiben.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Soziale und religiöse Krise im französischen Bauerntum

Auf den folgenden Seiten, die wieder von einer Untersuchung der Internationalen Föderation katholischer Sozialforschungsinstitute (FERES) berichten sollen (vgl. die früheren Berichte der Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 443; 15. Jhg., S. 280, 323 und 375), werden einige Tatsachen und Beobachtungen wiedergegeben, die das religiöse und kirchliche Leben in einer bäuerlichen Gegend Frankreichs veranschaulichen. Die Studie trägt die Überschrift: „Crise d'une société agricole traditionnelle et pratique religieuse“. Sie enthält die Ergebnisse einer Enquete in zwei Bezirken des Département Puy-de-Dôme unter Leitung der Soziologen Mendras, Mallet, Jollivet und Duroussy.

Wahrscheinlich ist es überflüssig, doch gebietet die Vorsicht, zu bemerken, daß die deprimierenden Eindrücke dieses Berichts nicht für das ganze französische Bauerntum und noch weniger für ganz Frankreich gelten. Sooft man auch hört, Frankreich sei heute noch ein Bauernland, in Wirklichkeit ist kaum mehr der vierte Teil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Und die bäuerliche Bevölkerung zeigt weder sozial noch religiös nur ein einziges Gesicht. Abbé Boulard hat in seinem grundlegenden Werk über die „Missionsprobleme des ländlichen Frankreich“ zwischen homogen christlichen, im Kern christlichen und im Kern entchristlichten Gemeinden unterschieden und diese Unterscheidung mit gewissen Einschränkungen auch auf die Landschaften Frankreichs übertragen. Nun, dann haben wir es in dieser Untersuchung wohl mit einer Gegend und mit Gemeinden der dritten Gruppe zu tun. Es sind außerdem auch nur wenige Gemeinden, die bei dieser Gelegenheit erforscht wurden, dafür allerdings sehr gründlich, und überdies versichern die Gewährsmänner, daß diese Gemeinden eine Struktur haben, die für ihresgleichen typisch ist.

Die Studie faßt die Ergebnisse zweier verschiedener Erhebungen zusammen, von denen jede in einem andern Bezirk derselben Gegend stattfand. Sie unterscheiden sich auch methodisch; die eine befaßt sich mehr mit den wirtschaftlichen, die andere mehr mit den religiösen Faktoren des bäuerlichen Lebens. Aber da es sich beidemale um ungefähr die gleiche soziale Situation handelt, führt dieser

Unterschied zu einer glücklichen Ergänzung. Beide Untersuchungen werfen von verschiedenen Seiten Licht auf die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen und den religiösen Verhältnissen. Darin liegt denn auch hauptsächlich der instruktive Wert dieser Arbeiten, daß sie die Interdependenz zwischen diesen beiden Aspekten und Kräften sozialer Integration an Beispielen sichtbar machen. Daneben findet man charakteristische Zugbäuerlicher Mentalität und Religiosität von neuem eine empirische Bestätigung und Deutung. So rechtfertigt sich wohl unser Bericht über diese soziographische Untersuchung trotz ihres kleinen Feldes. Er kommt überdies im rechten Augenblick.

Durch die wiederholten Demonstrationen der Bauern seit Juni 1961, die von der Bretagne ihren Ausgang nahmen und auf andere Gegenden übergriffen, sowie durch die beschwichtigende Haltung der Regierung, in der die Berechtigung der Sorgen der Bauern anerkannt wird (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 10 ff.), ist die Öffentlichkeit darauf aufmerksam geworden, daß eine weitere Krise das soziale Gefüge Frankreichs bedroht. Es handelt sich nicht nur um vorübergehende Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art und noch viel weniger bloß um eine laute Bekundung bäuerlicher Mißstimmungen, sondern um die Zukunft des französischen Bauernstandes, wenn zwar auch nicht seiner gesamten Existenz, so doch seines sozialen Gewichts. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Frankreich ist von 3,8 Millionen im Jahre 1928 auf 2,26 Millionen im Jahre 1954 und auf 1,8 Millionen im gegenwärtigen Augenblick zurückgegangen, und ein weiteres Drittel von diesen Betrieben scheint dem Untergang geweiht. Es handelt sich in der Mehrzahl der Fälle wirklich um einen Untergang. Die bisherigen Besitzer verlassen ihren Hof, und das Land verödet. Niemand interessiert sich für die herrenlosen Felder. Es ist kennzeichnend für die hoffnungslose Stimmung, daß nicht einmal die Nachbarn solche Gelegenheiten benutzen, um ihr Grundstück zu vergrößern, obwohl 55,8% der Betriebe weniger als 10 ha Land haben. Aber das Einkommen der Bauern ist seit 1948 nur um 25% gestiegen bei einer durchschnittlichen Steigerung von 45%. Nur 12% des Nationaleinkommens kommen auf die landwirtschaftliche Bevölkerung, die noch 22% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Das hat eine fatale Wirkung auf den landwirt-